


 Basler Zeitung
 4002 Basel
 061/ 639 11 11
 www.baz.ch

 Medienart: Print
 Medientyp: Tages- und Wochenpresse
 Auflage: 53'498
 Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

 Themen-Nr.: 605.012
 Abo-Nr.: 1094693
 Seite: 4
 Fläche: 54'936 mm²

Breite Front gegen Widmer-Schlumpf

Die Vorlage zur Energielenkungsabgabe wird von den Parteien in der Luft zerrissen

Von Daniel Ballmer, Bern

Martin Bäumle ist enttäuscht: «Bei unserer Energiesteuer-Initiative war der Bundesrat ausser Stande, einen Gegenvorschlag zu bringen und kündigte immer an, dass er mehr Zeit brauche, um etwas Konkretes und Besseres vorzulegen. Und jetzt das!», kritisiert der Präsident der Grünliberalen. Die Regierung hat vieles offengelassen. So sollte ihre Vernehmlassungsvorlage wohl nicht gleich von Anfang an zu viel Angriffsfläche bieten.

Um die Energiewende voranzutreiben, will der Bundesrat eine Lenkungsabgabe einführen. Heute läuft die Vernehmlassung zu einem neuen Verfassungsartikel ab. Dieser legt fest, dass der Bund Klimaabgaben auf Brenn- und Treibstoffe sowie eine Stromabgabe erheben kann. Definiert werden allerdings nur die Eckwerte einer Lenkungsabgabe. Beispielsweise die Höhe der Abgaben soll dann das Parlament im entsprechenden Gesetz beschliessen.

Der Plan ist nicht aufgegangen. Die Vorlage trifft bei den Parteien auf breiten Widerstand. «In dieser Form lehnen wir sie ab», erklären SP-Nationalrat Eric Nussbaumer und Bastien Girod von den Grünen unisono. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf schlägt vor, das bisherige Förderungsschrittweise auf ein Lenkungssystem umzustellen. Die heutigen Subventionsmassnahmen wie die kostendeckende Einspeisevergütung KEV oder Gebäudeprogramme werden abgebaut. Das geplante Klima- und Energielenkungssystem bildet die zweite Etappe der Energiestrategie 2050. Das erste Massnahmenpaket ist noch immer in der parlamentarischen Beratung. Es beinhaltet unter anderem Massnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien.

Links-Grün befürchtet Rückschritt

Grundsätzlich würden die meisten Parteien eine Lenkungsabgabe unterstützen. «Aber so geht es nicht», findet Nussbaumer. Die Vorlage lasse viel zu viele Fragen offen. Fix terminiert sei bisher einzig der Abbau der bestehenden Fördermassnahmen, während die Einführung des Lenkungssystems dem parlamentarischen Prozess überlassen wird. «Das ist absurd», kommentiert der Baselbieter Sozialdemokrat. «Wir können die heutigen Instrumente erst abschaffen, wenn die Lenkungswirkung erwiesen ist. Sonst stehen wir am Ende plötzlich mit weniger da als heute.»

Das sehen die Grünen ganz genauso: Programmiert und zeitlich befristet werden müssten nicht die heutigen Massnahmen, sondern Verbrauchs- und Produktionsziele wie die Laufzeit von Atomkraftwerken oder die Reduktion der Treibhausgasemissionen. Die Massnahmen seien dann diesen Zielen anzupassen. «Die Vorlage definiert nicht einmal ein Lenkungsziel», sagt Nationalrat Girod. «Schon vorher bewährte Massnahmen aus der Hand zu geben, wäre der völlig falsche Weg.»

Der Bundesrat will die Lenkungsabgaben so bemessen lassen, dass sie einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klima- und Energieziele leisten. Energieintensive Unternehmen will der Bund notfalls entlasten. Der Spielraum reiche von einer Reduktion der Abgabensätze bis hin zur Befreiung. Die Abgaben sollen an die Bevölkerung und die Wirtschaft rückverteilt werden, betonte Widmer-Schlumpf bei der Präsentation Mitte März. So soll durch die Lenkungsabgabe keine zusätzliche Belastung für Haushalte und Unternehmen entstehen.

GLP-Nationalrat Bäumle lässt sich davon nicht überzeugen: «Das ist ein wenig durchdachtes Konzept, das zu vieles offen lässt und keine heikle Frage beantwortet.» Statt eines unklaren Verfassungsartikels sei es besser, Schritt für Schritt auf dem Gesetzesweg konkret voranzuschreiten. Als erste Massnahme schlägt die GLP eine Abgabe auf Graustrom vor. Noch während der laufenden Sommersession will sie einen entsprechenden Vorstoss einreichen.

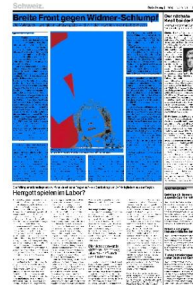
Vorbehalte selbst bei der BDP

«Mässig begeistert» ist auch die CVP. Gegenüber einem schnellen Abbau der heutigen Förderinstrumente und wesentlich höheren Abgaben zeigt sich Daniel Fässler skeptisch. Der Innerrho- der Nationalrat befürchtet, dass mit solchen Massnahmen nur ein bescheidener Lenkungseffekt erreicht würde. Gleichzeitig aber dürfe die Belastung für Mittelstand und Industrie nicht zu gross sein.

Selbst Widmer-Schlumpfs BDP meldet Vorbehalte an: Mit dem vorgesehenen Zeitplan werde es nicht möglich sein, die Wirkung eines Lenkungssystems auch tatsächlich zu erreichen, befürchtet die Partei. Zudem sei die Vorlage bei den Kompetenzen sehr vage und gebe dem Bundesrat eine viel zu hohe Entscheidungsfreiheit, lasse aber andererseits auch sehr viel Rechtsunsicherheit zu. Noch skeptischer zeigen sich FDP und SVP. «In dieser Form hat die Vorlage keine Chance», sagt FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen. Seine Partei sei klar gegen Energie- oder Treibstoffabgaben, was der Entwurf als Möglichkeit offenlasse. Die FDP schlägt vielmehr vor, auf Brennstoff eine CO₂-Lenkungsabgabe zu erheben, die über eine Rückverteilung wettbewerbsneutral wäre.

Datum: 12.06.2015

Basler Zeitung



aee SUISE

Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 53'498
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 605.012
Abo-Nr.: 1094693
Seite: 4
Fläche: 54'936 mm²

Auf völlige Ablehnung stösst die Lenkungsabgabe bei der SVP. Ein solches Instrument führe stets zu schlechteren Rahmenbedingungen im globalen Wettbewerb und schade damit dem Werkplatz Schweiz. Statt neuer Regulierungen, Steuern oder Abgaben sei ein konsequenter und radikaler Abbau von Vorschriften und die Reduktion oder Abschaffung sämtlicher Lenkungs- oder Energieabgaben ins Auge zu fassen.



«Wenig durchdacht». Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf erntet mit ihrem Entwurf für eine Energie-Lenkungsabgabe harsche Kritik. Foto Keystone